

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.  
Verleger: Carl Neubauer  
Zur Nr. Nachdruck: 20011

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.  
Die Spalte 17 mit dreizehiger Zeile 2 M. Mit Familienangehörigen, Einzeln unter 20 M. u. Wohnungsverhältnissen, 1spaltig 1 M. u. Verh. 25 M. Sonstige Spalten laut Tarif. Zusätzliche Aufträge gegen Vorbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hausverwalter:  
Maximilianstraße 36/40.  
Druck u. Verlag von Otfried & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Das Diktat in der französischen Kammer.

Briand und Klotz.

Paris, 8. Febr. In der heutigen Kammereröffnung wurde zu Beginn ein Gelegenheitswort über die Schaffung von Grabstätten für im Kriege gefallene Deutsche angenommen. Bei Fortsetzung der Debatte über das Pariser Abkommen erklärte de Magallon: Nach seiner Ansicht dürfte man sich keine Illusionen machen über das, was man von einem besiegten Feinde erhalten könne, es sei denn, man erhalte es sofort. England ist so klug gewesen, sofort die deutsche Note zu verlangen. Er zweifle, daß Deutschland bezahlen wolle. Man müsse die Ruhr besetzen und das Rheinland der preussischen Herrschaft entreißen. Es sei eine Friedenspolitik (?!). Deutschland zu entreißen. Abg. Klotz sagte, man verlange von der Kammer heute eine Entscheidung von hoher Bedeutung. Klotz glaube, daß das Abkommen von Paris vorteilhafter für die Deutschen ist, als der Friedensvertrag von Versailles. Nach seiner Ansicht handele es sich vielleicht nicht um eine Abänderung des Friedensvertrages, sondern vielmehr um ein Zusatzprotokoll, das der Ratifikation der Kammer unterliege. Die vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen seien dem Schuldner nicht mitgeteilt worden.

Ministerpräsident Briand erklärte, die Zwangsmaßnahmen seien Angelegenheiten der Alliierten, nur die Verhältnisse würden Deutschland miteinseitig. Nach dem Friedensvertrag von Versailles dürften hierüber die Deutschen Bemerkungen machen, die die Alliierten annehmen oder zurückweisen könnten. Wenn wir, sagte Briand, den Deutschen Zwangsmaßnahmen mitgeteilt hätten, hätte es den Alliierten erwidert werden können, daß es den Deutschen gestattet wäre, darüber Bemerkungen zu machen.

Das aber erlauben wir nicht.

Klotz fährt fort: Wir sind vollkommen einverstanden. Nach seiner Ansicht stelle das Abkommen von Paris eine Baukastensumme mit einem Dispositiv von 10 Prozent dar. Man könne in der internationalen Finanzwelt heute finden, die in Dollars, Pfund Sterling und Gulden Darlehen an Frankreich bewilligen würden. (Minister Loucheur: Das brauchen wir nicht.) Es sei unerlässlich, daß die Kammer darüber Auskunft erhalte, ob Frankreich 50 Milliarden Goldmark von Deutschland erhalte. Wie hoch sei gegenüber dieser Summe die auswärtige Schuld Frankreichs? Amerika schulde man 10½ Milliarden. Er zweifle nicht daran, daß die Engländer und Amerikaner in Betracht ziehen würden, welche Opfer Frankreich für die gemeinsame Sache gebracht habe. Klotz spricht sodann von der

Annahmefähigkeit der interalliierten Kriegsschulden.

Jetzt habe Frankreich ohne Gegenleistung von seiner Forderung einen Nachlaß (?) gewährt.

Briand erklärt, man habe bis zum Monat Mai den Gesamtbeitrag der Reparationsschuld festzusetzen. Das habe gewisse Hindernisse gebracht. Aber durch ein Einverständnis der Alliierten sei man darüber hinweg gekommen. Das sei das wesentlichste Verdienst der Konferenz von Paris. Ohne dieses Heberkommen wäre Frankreich isoliert und der Vertrag würde nicht mehr gelten.

Zwischen dem Abg. Klotz und dem Ministerpräsidenten Briand entspann sich ein Zwiegespräch. Klotz sagte: Ich hoffe, daß die Regierung auch mit unseren Verbindeten von der Mobilisierung unserer Schulden gesprochen hat. Briand erwiderte: Wenn ich daran nicht gedacht hätte, wäre ich nicht; würde, an dieser Stelle zu stehen. Klotz: Ich zweifle nicht daran, aber Sie haben gesagt, daß das Instrument Frankreichs, also der Friedensvertrag, nicht lebendig ist. Haben Sie heute etwas Lebendigeres vorausgesetzt? Briand: Nein. Herr Klotz, auch in vierzehn Tagen werde ich Ihnen nicht die Lösung eines Problems bringen können, das Sie über ein Jahr vergeblich zu lösen versucht haben. Ich habe gesagt, was noch zu erledigen bleibt, und ich wiederhole mit Nachdruck, daß ich das

Vertrauen der ganzen Kammer nötig habe, um die Verhandlungen fortzusetzen. (Beifall.) Klotz: Sie wollen also die Verantwortlichkeit der Kammer an die

Selbst ihrer eigenen Verantwortlichkeit legen? Sie hätten nur Autorität nötig gehabt, die Ihnen die Kammer einmütig gewährt hätte, aber nur unter der Bedingung, daß Sie unsere eigene Verantwortlichkeit nicht entagieren. Briand: Ich habe der Kammer, deren allgemeines Vertrauen mir vorher bewilligt wurde, Aufklärungen über das erste Abkommen der Alliierten gegeben. Das war meine Pflicht. Sofort ist man mit Interpellationen gekommen und man hat von mir Aufklärungen verlangt. Man wollte, daß ich schon im Voraus über alle Verhandlungen berichten würde. Ich habe Ihnen kein Protokoll zur Unterbreitung vorgelegt, ich habe Ihnen nur eine allgemeine Orientierung gegeben. Das ist eine viel größere Arbeit als damals, als man von uns verlangte, den Friedensvertrag anzunehmen oder abzulehnen. Jetzt handelt es sich darum, ob die Kammer Vertrauen zur Regierung hat oder nicht. Klotz antwortet: Es handelt sich jetzt um das Leben eines Volkes, nicht um eine einfache Vertrauensfrage für die Regierung. Frankreich müsse den Sinnbrennen der Alliierten zu seinen Vätern nehmen, um die Reparation zu bezahlen, die Deutschland schulde.

Das sei nicht nur gegen den Waffenstillstandsvertrag, sondern entspreche auch nicht dem Frieden.

Selbst Graf Brodorski-Markov habe in seinen Gegenentwürfen die Reparationspflicht anerkannt. Er habe zugesagt, daß der deutsche Steuerzahler mindestens ebensoviel bezahlen sollte, als die alliierten Steuerzahler. Mit den 14 Punkten von Wilson hätten die Deutschen die Entschuldigungsverpflichtung angenommen, denn sonst wäre der Waffenstillstand nicht abgeschlossen worden. Es sei nicht möglich, daß die französische Kammer die neuen Steuerentwürfe prüfe, bevor nicht das deutsche Budget angeschaltet werde. Der deutsche Steuerzahler zahle nur 15 Prozent der französischen aber 30 Prozent. Die Kammer könne heute nicht abstimmen, bevor sie nicht klare Aufklärungen habe über die Mobilisierung der französischen Forderungen, über die Vereinfachungen, über die Abkündigung der französischen Forderungen und besonders über die Regelung der zehnjährigen Schuld, über die Aufrechterhaltung der territorialen Sicherheiten und über die Finanzpolitik. Man wolle verlangen, daß der französische Steuerzahler nicht die Ärmsten zahlen müsse für die Summe, die Frankreich vom Besiegten zu erhalten habe.

Rath Briand ergriff Minister Loucheur das Wort: Er verheißt, daß die Kammer Aufklärungen verlange, bevor man nach London gehe. Deutschlands Schuld betrage 26 bis 30 Milliarden Goldmark. Davon erhalte Frankreich 52 Prozent.

Man rechne damit, daß der Wechselkurs in acht Jahren normal sei. (?)

(Der Abg. Landin will unterbrechen.) Minister Loucheur erwidert ihm, davon Abstand zu nehmen, um dem Lande nicht das Schauspiel zu geben, daß zwei Männer, wie er und Landin, sich in der Kammer sängen. Loucheur erklärt sich dann des näheren, daß im Friedensvertrag alles von der Reparationskommission abhängig und verglichen die absoluten Ziffern des Vertrages mit dem Abkommen von Paris. Er wolle große Rechenarbeiten hinsichtlich der in der Öffentlichkeit bis jetzt ungetheilten Berechnungen. Wir erkennen, daß Frankreich auf der Pariser Konferenz Opfer gebracht hat (?) (Bewegung), aber es fragt sich, welche. Vor einem Jahre hätten die Alliierten den bedeutendsten Finanzleuten den Auftrag erteilt, zu erklären, wie man Deutschland dazu bringen könne, 30 Milliarden Goldmark zu zahlen. Es sei ein Irrtum, zu glauben, daß Deutschland anders zahlen könne, als mit den Reichsmark, die es durch den Export erwerbe. Man sage, Deutschland könne Frankreich nur zahlen, indem es Frankreich auf dem Weltmarkt zu seinem Ungunsten Konkurrenz mache, aber nur Konkurrenz, wenn man es gehen lasse, und keine Konkurrenz, wenn man zu handeln verheißt. Die deutsche Handelsbilanz müsse mit 12 bis 13 Milliarden Goldmark aktiv bleiben. Er glaube, daß die deutsche Ausfuhr 20 bis 25 Milliarden Goldmark betragen könne. Deutschland habe vor dem Kriege für 18 Milliarden exportiert. (Wid.)

## Das Aufflammen Bayerns.

„Es ist wieder Frühling worden in Deutschland!“ möchte man ausrufen, wenn man das, was jetzt in Bayern vor sich geht, mit der reinen und unverfälschten Natur gewalt, die den bairischen Volkstümlichen innewohnt, auf sich wirken läßt und den Eindruck nicht von vornherein durch allerlei bedenkliche Furchen und Abgründe, die Bayern denken fest macht, was man in Paris und London in ihren Verhältnissen sehen, welche Klagen die dortigen Beobachter aufstießen, welche Drohungen sie etwa ausstießen, welche Zwangsmaßnahmen sie erweisen könnten. Die Seele des bairischen Volkes ist ob der schmählichen Pariser Annahmungen, die uns noch obenrein trotz ihres handgreiflichen Gefühlsverstoßes mit der hochvolken Geste freudwilligen Entgegenkommens und humaner Behandlung präsentiert werden, in christlichen, tosenden, unendlichen Jura geratet und hat ihren Gefühlen in ungeläuterter Weise Luft gemacht, wie das des Landes so der Brand ist. Und fürwahr ein löblicher Brand, der nicht nur abblüht von dem ewigen Wanken und Zerschanden in Berlin, wo die Prinzipienlosigkeit nachgerade zum Prinzip geworden ist. Die Bayern sind ein anderer Schlag. Wenn der ihnen einmal die Grenze erreicht ist, wo nur noch eine gewaltige Enthaltsamkeit helfen kann, dann geben sie sich einem mächtigen Aufbruch, spannen alle Kräfte an und stellen an und setzen dem, der sie bedroht, den eisernen Willen eines jenseitigen bereiten Selbstverleugers entgegen. Der Geist, der sich jetzt überall in bairischen Landen gegen das Pariser Schmachdiktat regt, läßt sich in seiner Belohnung nicht treffender kennzeichnen, als durch das folgende Wort: „Der eine fragt, was kommt danach, der andre, was ist recht.“ — Und dadurch unterbreitet sich der Freie von dem „Nein“. In solcher freilich Verfassung rechtfertigt die öffentliche Meinung Bayerns in ihrer überwältigenden Mehrheit eine gewisse Ablehnung der Pariser Schmachforderungen, ein klares, unabweisbares Nein, an dem man zu zweifeln ist, das nicht hinterher wieder nach einem Schwall von neuer Rangkategorie hier und dort abgelehnt wird, das nicht schließend nicht weiß, was dann am Ende von der Welt vorhergehen werden und glatten Ablehnung übrigbleiben ist. Eine Rede sei so, ja, mein, nein. Das ist ein altes heiliges Wort, das zur Bedingung in den gegenwärtigen Zeitläuften gerade der Reichsregierung außerordentlich zu empfehlen wäre. Mit den fortgeleiteten Versuchen, sich auf zwei Stühle zu setzen, kommen die Berliner Reglerenten nicht unvorsichtlich dahin, daß sie zwischen den beiden Stühlen durchfallen und sich plötzlich auf den Boden gesetzt sehen. Und das gilt nicht nur für die Stellung der Regierung gegenüber der Entente, sondern ebenso für ihr Verhältnis zum eigenen Volke, ganz besonders den Bayern gegenüber. Die „halbwesen wieder zum Verhandeln bereit Reichsregierung“ macht auf die bairische öffentliche Meinung den denkbar schmerzlichen Eindruck. Man hat dort geradezu den Verdacht, daß es den leidenden Berliner Stellen mit ihrem „Unmöglich! Unannehmbar!“ von vornherein gar nicht ernst ist, sondern daß sie nur darauf ausgehen, erst einmal die erreichte Stimmung der Bevölkerung durch die Markierung einer scheinbaren Geschäftigkeit zu bewahren, während sie gleich von Anfang an die geheime Absicht hegen, unter allen Umständen Abstand zu machen und mit der Entente zu verhandeln, selbst wenn deren Forderungen, wie jetzt die Pariser, das Maß des Erträglichsten in geradezu grotesker Weise übersteigen.

Bei alledem schämen die Bayern in ihrem gerechten Sporn gegen die Entente nicht etwa zu maßlos über, daß sie untere Lage als Belohnung vergessen. Am Gegenpol, in der Entschiedenheit der großen bairischen Freieinmütigkeit, die aus allen Kreisen der Einwohnerlichkeit ohne Unterlass der Partei beludet war, heißt es ausdrücklich, daß auch die Bayern bereit seien, die Folgen des verlorenen Krieges bis zur Grenze des Möglichen zu tragen. An dieser Grenze aber hört auch die bairische Vereidlichung zur Beobachtung von Ironien für die Entente auf, und die Beobachtung, daß die Reichsregierung insbesondere nicht dazu zu bewegen ist, endlich einmal eine solche Trennungslinie klar, scharf und unabweislich zu ziehen, ist es gerade, die die Bayern nicht bloß Verharmlosung und Verdrängung, sondern direkt Erörterung gegen Berlin hervorruft. Gegen Berlin wohlgegründet, aber nicht gegen das Reich! Der bairische Patriotismus, der jetzt so mächtig aufsteht, hat nichts mit Reichsfeindschaft zu tun. Das wird nimmer noch auch denen klar werden, die bislang über diesen Punkt die ungläublichsten Gerüchte zu verbreiten beflissen waren. Bayern sollte danach mit den Franzosen liebäugeln, um die Führung in einem neu zu begründenden, unter Pariser Patronat stehenden Donaustaat nach Vollzug von Reich zu übernehmen, und Männer mit so tadelloser weicher Seite, wie Reichert v. Kahr und Dr. Deim, wurden in der unheilvollen Weise hinterhältiger Maskenfakten mit der Entente verhandelt. Pariser Blätter wuchsen sogar triumphierend zu berichten, daß in Bayern eine starke französischfreundliche Stimmung herrsche und daß jeder Franzosenfreundliche Bayern mit offenen Armen aufgenommen würde. Dieser ganze Unfuss wird durch den nationalen Kräftemarsch, der jetzt durch Bayern dringt, in das hellste Licht gerückt. In Bayern hat man nie daran gedacht, sich vom Reich zu trennen, außer in einem einzigen Fall, wenn nämlich in Berlin einmal eine kommunistische Diktatur entstehen würde. Doch auch dann würde die Trennung nur vorübergehend sein und letztlich dem Zweck dienen, die bairische Volkskraft ungeschwächt zu erhalten, um mit ihrer Hilfe zu geeigneter Zeit so rasch wie möglich das Reich wieder zusammen zu schweißen. Das ist von maßgebenden bairischen Stellen wiederholt mit aller Schärfe betont worden, und

## Das bairische Kabinett für Kahr.

München, 8. Febr. Wie verläutelt, fand Dr. v. Kahr im Ministerium für die Wahrung des bairischen Regierungsautonoms in der Entwaffnungsfrage die Zustimmung aller Kabinettsmitglieder. Doch wurde die Notwendigkeit einer einheitlichen Vorgehensweise über den Pariser Beschlüssen und der Wunsch nach Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und München betont, die mehr eine Frage der Taktik als des Prinzips seien. Von Seiten der bairischen Volkspartei wird empfohlen, auf der einheitlichen Behandlung des durch die Pariser Beschlüsse gebildeten Fragenkomplexes zu beharren und abzuwarten, vor welche Entscheidungen man in London die deutschen Vertreter in der Reparations- und Entwaffnungsfrage stellen werde. Erst dann sei in der Wehrfrage das letzte Wort zu sprechen.

Die bairische Regierung hat dem französischen Konsul wegen einer Beschädigung des Amtsschildes am französischen Konsulat während der sonntäglichen Demonstrationen ihr Bedauern ausgesprochen und versichert, daß es alles tun werde, um die Täter anzuhalt zu machen. Der „Bairische Kurier“ schreibt: Zu irgendwelchen Beunruhigungen besteht kein Anlaß. Alle Gerüchte von einer Koalitionskrise oder gar Regierungskrise sind völlig grundlos. (W. T. B.)

Eine Kundgebung der französischen Sozialisten. Nürnberg, 8. Febr. Die sozialistische Partei Frankreichs verheißt einem Aufruf an die nordbairische Bevölkerung, in dem es u. a. heißt: Die Interessen Nordbayerns liegen nicht bei den Separatisten, sondern in der Einheit des Deutschen Reiches. Die wertvolle Bevölkerung Nordbayerns hat eine Versplitterungspolitik für verhängnisvoll und katastrophal. Stimmt die Regierung

in München nicht in letzter Stunde zur Besinnung, läßt sie es auf den Bruch mit dem Reich ankommen, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern, ebenso wie die Bevölkerung von Württemberg und Baden, das Elend in die Hände der Kahr-Regierung und sich auf die Seite des Reiches stellen. (W. T. B.)

## Die Reichsregierung und London.

Berlin, 8. Febr. Zu der Mitteilung, daß das Auswärtige Amt der bairischen französischen Botschaft mitgeteilt habe, daß die deutsche Regierung die Einladung nach London unter der ausdrücklichen Voraussetzung annimmt, daß auch die deutsche Gegenpartei auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden, erklärt der „Volks-Anz.“, diese Mitteilung muß in London schon gestern vorgelegen haben, denn ihrem Inhalt entsprechend ist dort gestern die amtliche Nachricht ausgeben worden, daß die deutsche Regierung die Einladung nach London angenommen habe. Hier in Berlin ist bis zum späten Abend die Behauptung aufrechterhalten worden, daß eine Entscheidung auf die Einladung nach London nicht vor der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gefaßt werden könne. Man kann aus dieser Zweispaltigkeit der amtlichen Informationserteilung schon ungefähr erkennen, wie die Stimmung in den deutschen Kreisen beschaffen ist. Das die ausdrücklichen Voraussetzungen betreffen, unter denen das Auswärtige Amt die Beibehaltung der bairischen Konferenz beibehalten haben soll, so ist nicht zu verkennen, daß der britische Ministerpräsident es in seiner sattem bekannten Art verstanden hat, die deutsche Regierung auf diesem Boden herauszufordern. Aber auch ohne dies würde es ihrer Gesonnenheit nur entgegen haben. Voranzusetzen an aufzuheben, von denen sie von vornherein nahezu mit Bestimmtheit annehmen kann, daß ihre Gegenpartei höchstens eine rein formelle Bedeutung belegen.